



www.dkp.de

Inhalt

SEITE 2

Immer mehr
...Soldaten nach
Afghanistan

SEITE 3

Immer weniger
...Sozial-
wohnungen
in Hamburg

SEITE 4

Immer weiter
...marschieren
gegen Krieg und
Sozialabbau

2010

Von Kopenhagen nach Wandsbek

CDU und FDP wollen Umweltberatungsstellen streichen.

Ob über Umweltschonende Pflanzenschutzmaßnahmen, über das richtige Entsorgen von Gartenabfällen oder ein gutes Wohnklima.

Für diese und andere Umweltthemen waren bisher die bezirklichen Umweltberatungsstellen (einschließlich des Umwelttelefons) der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zuständig.

Auch die Beratungsstelle in Wandsbek soll gestrichen werden. Verbraucherschutz, Gesundheitsschutz und eben auch der Umweltschutz sind ein wichtiger Teil bürgernaher Politik im Bezirk (2009 wurde die Beratungsstelle in Wandsbek über 2800 mal in Anspruch genommen). Von dieser Bürgernähe wollen CDU und FDP sich anscheinend stückchenweise verabschieden.

In der Wandsbeker Bezirksversammlung am 21.01.10 wurden zwei Anträge behandelt, die diese Politik des falschen Sparens ablehnten.



Gutes Wohnklima
Feuchtigkeit – Lüften – Dämmen

- Umweltberatung der Bezirksämter
- Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Hamburg

Broschüre der Umweltberatung der Bezirksämter

Befremdend ist allerdings, dass die GAL der Streichung der Beratungsstellen im Hamburger Senat zugestimmt hat.

Der zweite Antrag kam von der Bezirks-Fraktion DIE LINKE, in ihm hieß es:

„Die Auflösung der Umweltberatung wäre sowohl im Hinblick auf die steigenden Herausforderungen des Klimawandels als auch im Hinblick auf den Ruf Hamburgs als „Umwelthauptstadt 2011“ ein fatales Signal“.

Die beiden Anträge stießen auf taube Ohren bei CDU und FDP, die weiterhin an ihren Streichmaßnahmen (die sie als Sparen auslegen) festhalten.

Das Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen setzt sich also in Wandsbek fort. Politik für die Wandsbeker Bürgerinnen und Bürger bedeutet auch, das die Umweltberatungsstelle in ihrer bisherigen (und ausgebauten) Form erhalten bleiben muß. Das geht uns Alle an.

In dem Antrag der GAL hieß es dazu:

„Klima- und Naturschutz sind zentrale gesellschaftliche Anliegen....Bei den zunehmend komplexer werdenden Themen benötigt die Bevölkerung dringend eine kompetente Hilfestellung“.

Solch eine Hilfestellung stellt die Umweltberatungsstelle zweifelsfrei dar.

5 
Jahre

**DER HAMBURGER
OSTERMARSCH 2010
WARUM UND WANN AUF SEITE 2 & 4**

Neue Stolpersteine in den Walddörfern Eine Gedenkveranstaltung der Bezirksversammlung

Am 27.01.2010 fand eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus in dem Volksdorfer Kino „KORALLE“ statt. Sie gedachte der Wandsbeker Menschen, die Opfer des Faschismus geworden sind.

Ende 2009 wurden in den Walddörfern neue Stolpersteine verlegt. Der Kölner Künstler Gunter Demnig erinnert seit 1995 bundesweit mit dem Projekt „Stolpersteine“ an die Opfer. In Wandsbek sind aktuell 112 Stolpersteine als Mahnmale verlegt.

In der Gedenkveranstaltung wurden von Bezirksabgeordneten solche Stolpersteine und die Schicksale hinter ihnen vorgestellt. Dort ging es um den Landarzt Dr. Alwin Gerson, um die Jüdin Chaja Rywa Balck, um den Ingenieur Georg Mewes und um den Kommunisten Walter Bunge.

Walter Bunge wohnte mit seiner Frau Anna in der Pusbackstraße in Meiendorf. Beide traten 1923 der KPD bei. Bunge wurde später Gemeindevertreter der KPD in Rahlstedt. Er war Besitzer einer klei-

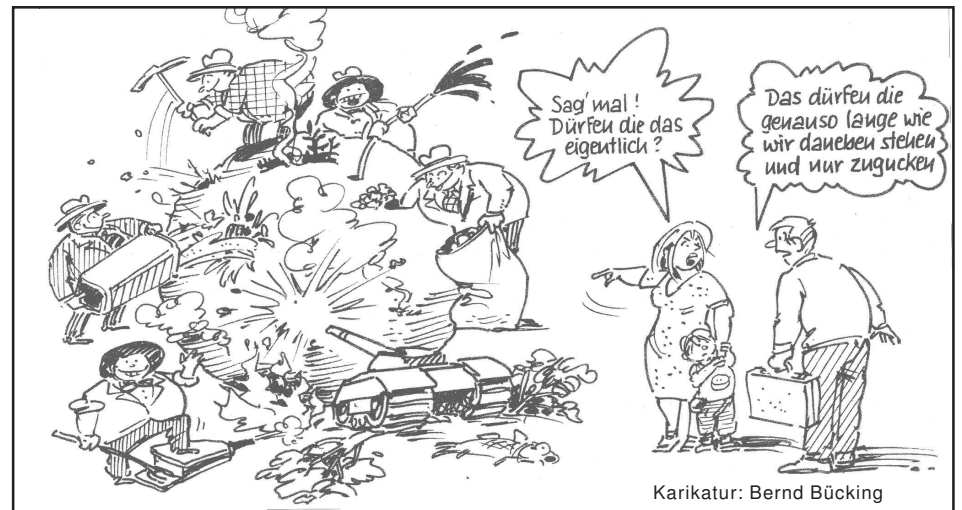
nen Mosterei. Von der Gestapo verhaftet, wurde er 1942 nach Berlin überstellt, wo über ihn 1943 das Todesurteil verhängt wurde. Er wurde am 27.11.1944 in Brandenburg hingerichtet.

Später wurde seine Urne in Volksdorf beigesetzt. Heute erinnert ein Stolperstein vor seinem ehemaligen Wohnhaus in der Pusbackstraße (Meiendorf) an ihn.

Informationen zu allen Stolpersteinen unter www.stolpersteine.com

Afghanistan und kein „Endsieg“ in Sicht!

Immer mehr Soldaten, Waffen, Geld, mehr tote Soldaten und Zivilisten, mehr Armut und Elend und verbrannte Erde. Das ist die brutale und menschenverachtende Bilanz des Bombenterrors der NATO und damit auch der Bundeswehr. nach über 8 Jahren Krieg.. Nichts aber auch gar nichts legitimiert diesen Krieg für die afghanische Bevölkerung, deren Widerstand gegen die Kolonialisierung ihres Landes immer mehr zunimmt. Denn alle verlogenen Versprechungen der Kriegstreiber, Wohlstand, Freiheit und Demokratie nach Afghanistan zu bringen, verbrannten in den Explosionen der Bomben und des Granatfeuers der Besatzer.



Karikatur: Bernd Bücking

Kriegsminister zu Guttenberg macht am 28.1.2010 in der „Zeit“ deutlich, worum es wirklich geht. Es handelt „sich in der Gesamtregion um ein Kerngebiet, bei dem deutsche Sicherheitsinteressen berührt sind, Stichwort Energie.“ Deshalb wird die Ablehnung der Auslandseinsätze der Bundeswehr auch in der bundesdeutschen Bevölkerung immer größer. Eine Mehrheit von rund 70 Prozent sind für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, aber die „Volksvertreter“ im Bundestag (ausgenommen Die „Linke“) ist für Krieg und Zerstörung.

Die Waffenlobby lässt grüßen. Sie ist von der Weltwirtschaftskrise nicht nur nicht betroffen. Sie macht mit dem Blut und dem Tod Milliarden Gewinne.

Es ist notwendig, dass der Widerstand und der Protest gegen Krieg und Militarisation wachsen und die Bewegung für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan stärker wird.

Der Ostermarsch bietet dazu Gelegenheit, selber aktiv zu werden und mit zu machen.

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP

UZ **Jetzt kostenlos 10 Wochen testen!**

Rote Fahnen sieht man besser!

Name _____ Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

DIE KOSTEN

2009 beliefen sich die Kosten für den Bundeswehreinsatz auf ca. **690 Mio. Euro.**

Für 2010 sind im Afghanistan-Mandat **820,7 Mio. Euro** für die kommenden 12 Monate vorgesehen. Die Gesamtkosten belaufen sich bislang auf etwa **4 Mrd. Euro**

Senat erreicht Wohnungsbau-Ziele nicht**Steilshoop droht Rückschritt**

Noch liegen die Zahlen für 2009 nicht auf dem Tisch, aber es ist vollkommen klar, dass der Senat sein vollmundig verkündetes Ziel im Wohnungsneubau verfehlt hat.

Statt der angepeilten 5000 bis 6000 neuen Wohnungen in Hamburg wird es 2009 wahrscheinlich nur rund 3000 geben.

Für die Kritiker des 2009 verkündeten Wohnungsbauentwicklungsplans in den Hamburger Mietervereinen, in den Gewerkschaften, der DKP, der „LINKEN“ und der SPD war dies keine Überraschung. Denn es reicht nicht, den Mund nur zu spitzen und die Misere zu beschreiben. Man muss auch pfeifen. Die Zahl der 2009 beantragten Wohnungsbaugenehmigungen lag Ende Oktober noch bei nur 3500 Einheiten – ein schlechtes Zeichen auch für 2010.

GAL-Senatorin Hajduk selbst hatte im Wohnungsbauentwicklungsplan letztes Jahr eine sich verschärfende Nachfrageentwicklung nach preiswertem Wohnraum in Hamburg zugegeben.

Noch dramatischer wird diese allerdings, wenn der Senat nicht einmal die eigenen ohnehin unzulänglichen Ziele erreicht, sondern weit hinter ihnen zurückbleibt.

Schlimmer als die drohende Wohnungsnot für tausende von Normal- und Geringverdienern sowie Arbeitslosen findet der Senat es offenbar, in die Verfügungsgewalt der Eigentümer eingreifen zu müssen, um überhaupt noch „steuern“ zu können. Denn in CDU und in der GAL glaubt man an die „Selbstheilungskräfte des Marktes“.



(Foto / WL-Redaktion)

Und weil die Verfasser des Wohnungsbauentwicklungsplans ihren eigenen schönen Worten misstrauten, kaum dass sie niedergeschrieben waren, formulierte man in den Plan auch noch gleich hinein, was man zu tun gedenkt, wenn das eigene Unvermögen offenbar wird und es nicht gelingt, künftig ausreichend Wohnungen mit sozialen „Belegungsbindungen“ (für dringliche Wohnungsnotfälle mit Berechtigungsschein) anzubieten:

Dann werde man Quartiere wie Steilshoop, wo seit 1977 (!!) Wohnungen aus der Belegungsbindung und den Einkommensgrenzen herausgenommen worden waren, um das Viertel sozial zu durchmischen und zu befrieden, wieder in die Pflicht nehmen – die Pflicht, in die man Stadtteile wie Nienstedten, Sasel, Duvenstedt

oder Volksdorf mit extrem geringem Sozialwohnungsbestand zum Beispiel gar nicht erst nehmen will.

die man gerade bis 2013 verlängert hatte, beenden.

„Sollte sich innerhalb der nächsten Jahre auf Grund der Bindungsausläufe die Versorgungslage der vordringlich Wohnungssuchenden im Zeitablauf dramatisch verschlechtern“, so lässt Frau Hajduk schreiben, „müsste ggf. auch eine Einbeziehung der verbleibenden WA-Wohnungen (=belegungsgebundene Wohnungen, die Red.) in den bisher freigestellten Gebieten erneut erwogen werden. Hier verbleibt mithin in der kommenden Wahlperiode im Hinblick auf die Freistellungsgebiete Mümmelmannsberg, Neuallermöhe-West und Steilshoop eine Mobilisierungsreserve, deren Aktivierung mit den stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen und Maßnahmen abgewogen werden muss.“

Klartext: Der Stadt gehörende Bauflächen werden nicht an Investoren vergeben, die zum Sozialwohnungsbau bereit sind, und bei GWG und SAGA wird auch nicht etwa umgesteuert, so dass Normalbürger bezahlbaren Wohnraum endlich überall in dieser Stadt finden können, sondern die einseitig belasteten Stadtteile werden weiter belastet. Da kommt es ja nicht so drauf an. Da interessieren dann auch nicht mehr die „stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen“ und das dumme Geschwätz von gestern.

Im Augenblick tun CDU und GAL alles, damit sich die befürchtete dramatische Versorgungslage einstellt.

Dann werde man diese sogenannten „Freistellungen“ mit ihren „stabilisierenden Effekten für die Belegungsstrukturen und der unterstützenden Wirkung für die städtischen Stadterneuerungsbemühungen“ (Originalton Wohnungsbauentwicklungsplan),

IMPRESSUM**wandsbek links**

herausgegeben von der **DKP** - Wandsbek, erscheint mindestens 4 mal im Jahr.

ViSdP: N. Noreik über DKP - Hamburg
Magda - Thürey - Zentrum

Lindenallee 72, 20259 Hamburg oder unter
Tel. 040/480 49 00 oder Fax 040/ 480 42 19

oder über e-mail: info@dkp-hamburg.de

Internet : www.dkp-hamburg.de

Ausgabe Nr. 51

Die *WL* wird durch eure Spenden finanziert.

Ktnr. (HASPA) 1226 / 120929 (DKP - HH)

Stichwort „Wandsbek Links“

Kuratorium Gedenkstätte
Ernst Thälmann e.V.



Ausstellung Bibliothek Archiv im Thälmannhaus

Ernst-Thälmann-Platz

Hamburg-Eppendorf,
Tarpenbekstraße 66, 20251 Hamburg

Tel.: 040 / 47 41 84

Fax: 040 / 460 90 323

www.thaelmann-gedenkstaette.de

E-mail:

Kuratorium@thaelmann-gedenkstaette.de

Öffnungszeiten:

Mo. 17 - 20 Uhr

Mi.- Fr. 10 - 17 Uhr

Sa. 10 - 13 Uhr

Gruppenbesuch nach Vereinbarung.

SEB (Skandinaviska Enskilda Bank)

Hamburg Kto.: 1180 328 700

(BLK 200 101 11)

Ich möchte

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an :

Bezirksvorstand der DKP - Hamburg
Magda-Thürey-Zentrum
Lindenallee 72 / 20259 Hamburg

Die Kolumne

Einverständnis mit Mieterhöhung ?

Erich Kästner hat mal geschrieben: „Ihr dürft nie so weit sinken, den Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken“. Warum fühl' ich mich an dieses Zitat erinnert, als ich den Brief von GWG/SAGA in meiner Hand halte, in dem mir mitgeteilt wird, dass sich meine Miete um 26 Euro verteuert.

Das kommt vor, wird mancher jetzt sagen. Was mich allerdings an dem Briefchen stört, ist die Bitte um mein Einverständnis, die mit § 556 BGB begründet wird. Gesetz hin, Gesetz her, Ich bin nicht einverstanden mit einer Mieterhöhung, auch nicht, wenn man mich nett (mit Gesetzesdruck) darum bittet.

Und was passiert bitte schön, wenn ich dieser Bitte nicht nachkomme?

Der Brief sagt es mir „In diesem Fall müssten wir unser Erhöhungsbegehren gerichtlich prüfen lassen“. Mit freundlichen Grüßen.

Ich fasse zusammen: Wenn ich keinen gerichtlichen Ärger haben will, muß ich literweise von dem oben zitierten Kakao trinken und die „freiwillige“ Einverständniserklärung mit meiner Mieterhöhung von 26 Euro unterschreiben. Ich brauch mich nicht mehr zu veräppeln, das tut jetzt die GWG/SAGA für mich.



**Sich wehren!
Partei ergreifen!**



50 Jahre



HAMBURGER OSTERMARSCH

**FÜR EINE WELT
OHNE ATOMWAFFEN.
NATO RAUS
AUS AFGHANISTAN.**

AM 5.APRIL 2010

11.30 UHR

ANDACHT IN DER FRIEDENS-
KIRCHE ALTONA (OTZENSTRASSE)

12.00 UHR

AUFTAKT

(VOR DER KIRCHE)

**DANACH MARSCH
DURCH DIE STADT ZUM
GROßNEUMARKT ZUM
FRIEDENSFEST MIT
MUSIK, REDEN,
ESSEN & TRINKEN**

VERANSTALTER :
HAMBURGER FORUM
FÜR VÖLKERVERSTÄNDIGUNG
UND WELTWEITE ABRÜSTUNG